

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der [Hinweise des Tages](#) anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Weiter so in den Abgrund](#)
2. [Regiert euch doch selbst](#)
3. [Deutschtürken wählen links, Russlanddeutsche Union und Linke](#)
4. [Willy Wimmer: „Westen antwortet auf ausgestreckte Hand Putins mit eiserner Faust“](#)
5. [Zahl offener Stellen erreicht Rekordwert](#)
6. [Italien](#)
7. [Sparkassen steigern Gewinn auf 2,2 Milliarden Euro](#)
8. [Esst doch Kuchen statt Brot: Vom Zustand der deutschen Politik](#)
9. [Ohne Plan und Perspektive: Mehr deutsche Soldaten für den Irak und Afghanistan](#)
10. [Syrien-Krieg: Die selektive Darstellung der Medien und der Politik in Deutschland](#)

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Weiter so in den Abgrund**

Jetzt werden sie wieder jubeln, die Sozialdemokraten, die schon lange keine mehr sind, weil sie einen „Sieg“ errungen haben. 66 Prozent der Mitglieder, viele wahrscheinlich aus Angst vor Neuwahlen, haben der Groko zugestimmt. Emnid meldet heute 16 Prozent für die SPD. Und morgen werden sie sich wieder berauschen an den Kommentaren der neoliberalen Presse, wie „staatstragend“ und „verantwortungsbewusst“ die Sozialdemokraten doch sind. Die Konzerne klopfen ihnen auf die Schultern und warnen gleichzeitig vor zu hohen sozialen Ausgaben. Frei nach Willy Brandt könnte man sagen: Es nützt nichts zu regieren, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.

Was ist zu erwarten? Kinder- und Altersarmut werden zunehmen und die Ungleichheit

der Vermögen und Einkommen wird weiter wachsen. Millionen Arbeitnehmer werden auch in den nächsten Jahren ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze haben. Waffenexporte in Spannungsgebiete und die Beteiligung an Rohstoff- und Absatzkriegen werden fortgesetzt. Es gibt keine Wiederaufnahme der Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts und keine Europapolitik der guten Nachbarschaft. Der SPD droht dasselbe Schicksal wie ihren Schwesterparteien in Europa. Umso wichtiger ist es jetzt, dass all diejenigen zusammenarbeiten, die für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik eintreten und sich mit dem „Weiter so“ nicht abfinden wollen. Jetzt erst recht!

Quelle: [Oskar Lafontaine via Facebook](#)

2. **Regiert euch doch selbst**

Die SPD hätte Nein sagen müssen - nicht aus Sorge um die Partei, sondern aus Sorge um Deutschland. Jetzt macht eine Regierung weiter, die es schon in der Vergangenheit nicht konnte.

Deutschland hat bald wieder eine richtige Regierung. Dank sei der SPD!

Viele Menschen im In- und Ausland, auch viele Journalisten, sind sehr erleichtert. Sie glauben, es sei wichtig, dass Deutschland eine richtige Regierung habe. Für das Land, für Europa, für die ganze Welt. Wenn man die „Performance“ der bisherigen - und künftigen - Regierung betrachtet, versteht man diese Erleichterung nicht. „Damit kann man gut regieren“, sagte Annegret Kramp-Karrenbauer nach dem Mitgliederentscheid der SPD.

Vielleicht könnte „man“. Aber diese Regierung konnte es bisher nicht. Warum sollte sie es künftig können?

Was bedeutet eigentlich regieren? Das Wort hat zwei Bedeutungen: herrschen und steuern. Das eine ist statisch, das andere beschreibt eine Bewegung. Wenn es um Herrschaft geht, können sich die Deutschen nicht beklagen. Angela Merkel und die SPD hatten das Land in den vergangenen Jahren fest im Griff. Wenn es um Steuern geht, haben die Kanzlerin und ihre Steigbügelhalter zu oft versagt, als dass von einer „guten“ Regierung noch gesprochen werden könnte. Wer Steuern will, braucht Kurs und Kompass. Beides fehlt dieser Regierung.

Quelle: [Jakob Augstein auf SPIEGEL Online](#)

3. **Deutschtürken wählen links, Russlanddeutsche Union und Linke**

Eine Studie hat untersucht, wie Migranten aus der Türkei und Russland politisch eingestellt sind

Gewählt wird in Deutschland bekanntlich geheim und das ist gut so, lädt aber auch ein zu allerlei Spekulationen und Verdächtigungen. Was zum Beispiel Migranten aus der muslimischen Welt wählen, darüber meint etwa die Dresdner Pegida-Bewegung genau Bescheid zu wissen. Ihrer Ansicht droht nicht weniger als die Islamisierung des

Abendlands.

Auch der französische Schriftsteller Michel Houellebecq hat in seinem Roman "Unterwerfung" schon mal das Szenario einer islamistischen Machtübernahme durch Wahlen durchgespielt. Wobei das freilich für europäische Männer nicht schlecht enden muss, so seine Pointe, mit der er Feministinnen (natürlich absichtlich) vor den Kopf stieß.

Aber was wählen Migranten in Deutschland wirklich, zum Beispiel vergangenen Herbst bei der Bundestagswahl? Sind zum Beispiel alle russischen Auswanderer AfD-affin? Oder ist das nur eine Minderheit von ihnen, auf die sich aber die Medien immer stützen? Und was ist mit den türkischstämmigen Deutschen und ihrem Verhältnis zum türkischen Präsidenten Erdogan? Unterstützen ihn die Deutschtürken, wenn er die Türkei in eine Diktatur umbaut?

"Qualitativ hochwertigste" Studie

Ein Forschungsprojekt der Universitäten Duisburg/Essen und Köln hat jetzt erste Antworten dazu. In der "Immigrant German Election Study" wurden insgesamt 1000 Migranten befragt. Zufällig wurden je rund 500 wahlberechtigte deutsche Staatsbürger ausgewählt, die entweder aus dem sowjetischen oder postsowjetischen Raum oder aber aus der Türkei nach Deutschland eingewandert sind oder deren Eltern von dort kommen.

Quelle 1: [Telepolis](#)

Quelle 2: [Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutsche](#)

Anmerkung Jens Berger: *Interessant ist, dass die Linke bei beiden Einwanderergruppen deutlich stärker als im Bundesschnitt ist. Auch bei den Russlanddeutschen ist die Linke mit 21% klar vor der AfD mit 15%; obgleich die Medienberichterstattung stets etwas anderes suggeriert.*

4. **Willy Wimmer: „Westen antwortet auf ausgestreckte Hand Putins mit eiserner Faust“**

Die Rede des russischen Präsidenten vor der Föderalen Versammlung wurde in den westlichen Medien auf die Präsentation neuer strategischer Atom-Waffen reduziert. Der ehemalige Staatssekretär für Verteidigung und Ex-Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Willy Wimmer, sieht in der Rede von Wladimir Putin noch eine andere Botschaft.

Herr Wimmer, im Westen wurde über die Rede des russischen Präsidenten vergangene Woche im Prinzip nur berichtet, dass Putin eine neue Satansrakete

präsentiert hat. Ist bei Ihnen noch mehr hängengeblieben von der Rede?
(...) Aus meiner Sicht gab es eine doppelte Botschaft. Die Darstellung in militärischer Hinsicht, was die Waffensysteme anbetrifft, hat eines klar vermittelt: Die Russische Föderation und auch der Präsident der Russischen Föderation stehen für militärische Stabilität. Und die Waffensysteme, die vorgestellt wurden, sind Ausdruck dieses Bemühens, auf allen Ebenen zwischen konventionellen und strategischen, nuklearen Streitkräften glaubwürdig zu sein.

Aber zweitens macht das auch deutlich, wie weit wir uns von unseren Hoffnungen entfernt haben, und das muss sich in erster Linie der Westen fragen lassen. Denn bevor ich zur militärischen Stabilität komme, muss ich mich doch fragen, ob ich eine Stabilität in politischer, diplomatischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht bekommen kann, und da hat man einfach aus meiner Sicht in den zurückliegenden Jahrzehnten die ausgestreckte Hand des russischen Präsidenten Putin schnöde zurückgewiesen und hat das genaue Gegenteil von politischer Stabilität auf dem eurasischen Kontinent angestrebt.

Quelle: [Sputnik News](#)

5. **Zahl offener Stellen erreicht Rekordwert**

Die Personalchefs vieler Unternehmen verzweifeln auf der Suche nach Mitarbeitern. Nicht weil die Ansprüche so hoch wären - der Arbeitsmarkt ist einfach leergefegt, wie die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen.

Die Zahl der offenen Stellen in Deutschland hat Ende vergangenen Jahres einen Rekordstand erreicht. Im vierten Quartal 2017 gab es bundesweit knapp 1,2 Millionen unbesetzte Arbeitsplätze, wie das zur Bundesagentur für Arbeit gehörende Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am Dienstag in Nürnberg mitteilte.

Das waren 128.000 offene Stellen mehr als im Vorjahreszeitraum und so viele wie nie zuvor, wie der IAB-Arbeitsmarktexperte Alexander Kubis sagte. In Westdeutschland waren rund 918.000 Stellen zu vergeben, in Ostdeutschland rund 265.000. Die meisten Arbeitskräfte wurden im verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor gesucht.

Mit durchschnittlich 194 Arbeitslosen je 100 offenen Stellen in Westdeutschland und 225 Erwerbslosen pro 100 offenen Stellen in Ostdeutschland wurde in beiden Landesteilen der niedrigste Wert seit 25 Jahren erreicht. Dies geht aus der IAB-Stellenerhebung hervor, einer repräsentativen Betriebsbefragung.

Quelle: [Der Spiegel](#)

Anmerkung WM: *Wieder ein Beispiel des Qualitätsjournalismus des Spiegel: ungeprüftes und nicht hinterfragtes Nachplappern der Meinungsmache der Wirtschaftsverbände. Die Botschaft ist klar: Die Wirtschaft sucht händeringend nach Arbeitskräften aber die Arbeiter sind zu faul zum arbeiten.*

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Wie kann der Arbeitsmarkt bei offiziell 3,5 (...) und real über 4 Millionen Arbeitslosen "leergefegt" sein??? Was ist das für ein Blödsinn? (...) Über 8 Prozent Arbeitslosigkeit deutschlandweit ist kein "leergefegter" Arbeitsmarkt. (...) "Die Personalchefs vieler Unternehmen verzweifeln auf der Suche nach Mitarbeitern." - Sollte es nicht heißen, "viele Unternehmen verzweifeln an ihren Personalchefs"? Anscheinend sind diese Personalchefs für ihren Job völlig ungeeignet, wenn sie es nicht schaffen, entweder aus dem riesigen Pool der Arbeitslosen oder beim Konkurrenzunternehmen Mitarbeiter zu holen. Wie hat so etwas eigentlich in grauer Vorzeit, in Zeiten der Vollbeschäftigung funktioniert?*

6. Italien

a. **Aufwachen #276: Habemus Groko + Fünf-Sterne-Wahl in Italien (mit Petra Reski)**

Bei Trump wurde noch gewitzelt, in Italien wurde nun tatsächlich eine Facebook-Kommentarspalte stärkste Kraft der Parlamentswahlen. Keine Partei, sondern Bewegung will sie sein. Darüber hört man in Deutschland nichts. Dagegen viele Fake News über Rechtspopulismus und Europafeindlichkeit und was man der "Fünf-Sterne-Bewegung" unter Journalisten so andichtet, um nichts erklären zu müssen. Wir reden mit Petra Reski aus Venedig darüber. [...]

Quelle: [Tilo Jung via YouTube](#)

Anmerkung Jens Berger: *Das Gespräch mit Petra Reski (ab ca. Minute 28) ist hoch interessant und m.E. so ziemlich das Beste, was es in den deutschen Medien zu den Wahlen in Italien gab. Den Zeit-Artikel zum Referendum, um den es im Gespräch am Rande geht, finden Sie übrigens hier und hier finden Sie einen hoch interessanten Artikel zu Matteo Renzi auf dem privaten Blog von Petra Reski.*

b. **Wahlsieg ohne Wirkung**

Nach den Wahlen in Italien dürfte erstmals die Fünf-Sterne-Bewegung einen Regierungsauftrag erhalten. Nur weil ihnen ein Partner fehlt, scheint dies kaum möglich. Es bleibt kompliziert. Schuld sind aber nicht die Wähler
Und wieder haben die unbelehrbaren Italiener nicht auf die guten Ratschläge der deutschen Korrespondenten gehört. Obwohl die Welt vor dem „italienischen Klamauk“ warnte und wusste, dass die Mehrheit der Italiener „einen schwierigen Aufbruch“ gar nicht wollte, Spiegel Online das Schreckgespenst der „Clowns an der Macht“ beschwor, angeführt von Chef-Clown Beppe Grillo („langhaarig, faltig, bärtig, meist vorsätzlich schlecht gelaunt und bekannt für unflätige, meist

schreiend vorgetragene Reden, Parteigründer und oberster Chef im Hause“) und beschied, dass die Fünf-Sterne-Bewegung nicht regieren könne. Die Süddeutsche Zeitung die Gefahren beschwor, die vom „todernsten Geifer-Clown“ ausgehen und sich im SZ-Podcast einen Sieg von Renzis Partito Democratico (PD) wünschte. All das konnte nicht verhindern, dass es zum Triumph der Fünf-Sterne kam: Hochrechnungen zufolge wurde die Fünf-Sterne-Partei mit mehr als 32 Prozent zur stärksten Partei – und erreichte in Süditalien sogar mehr als 40 Prozent der Stimmen.

Quelle: [Petra Reski im Cicero](#)

Lesen Sie dazu auch auf den NachDenkSeiten den Artikel [„Das alte Europa gibt es nicht mehr“](#), der versucht, die Wahlen in Italien im europäischen Kontext darzustellen.

7. Sparkassen steigern Gewinn auf 2,2 Milliarden Euro

Höhere Preise für Girokonten und steigende Nachfrage nach Aktien hilft Sparkassen-Ergebnis auf die Sprünge. Kreditvergabe für Eigenheime schwächelt. [...]

Die 386 deutschen Sparkassen haben im vergangenen Jahr nach Steuern 2,2 Milliarden Euro erwirtschaftet – 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr. „Die geldpolitischen bedingten Einbußen im Zinsüberschuss konnten durch ein besseres Provisionsergebnis kompensiert werden“, sagte Schleweis. Dazu haben unter anderem höhere Preise für Girokonten und steigende Nachfrage nach Wertpapieren beigetragen.

Der Nettoabsatz bei Aktien, Wertpapieren und Investmentfonds stieg im Jahresvergleich von 9,6 auf 10,8 Milliarden Euro und lag damit so hoch wie zuletzt vor 15 Jahren. Das hat dem Provisionsüberschuss deutlichen Auftrieb gegeben. Er legte um gut acht Prozent auf 7,8 Milliarden Euro zu. Der Zinsüberschuss – weiterhin die wichtigste Einnahmequelle der Institute – schrumpfte dagegen um drei Prozent auf 21,5 Milliarden Euro.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Da haben sich die saftigen Gebührenerhöhungen im letzten und vorletzten Jahr ja bezahlt gemacht. Die Sparkassen verdienen weiterhin prächtig. Vor allem Klein- und Normalsparer, die mittlerweile für jede Bankdienstleistung zur Kasse gebeten werden, haben damit den Gewinn ganz oben ermöglicht. Wieso wird da eigentlich keine Rückerstattung der Gebühren in Betracht gezogen, verbunden mit der Entschuldigung, deutlich über das Ziel hinausgeschossen zu sein? Stattdessen kündigt der neue Sparkassenpräsident Schleweis gönnerhaft an, dass die Preise – etwa für Girokonten und Kreditkarten – nicht mehr im gleichen Tempo wie 2017 steigen würden. „Ich glaube, dass diese deutliche Erhöhung nicht*

jedes Jahr zu erzielen sein wird.“ Da sollen die Geschröpften also noch dankbar für eine skandalöse Umverteilung sein, die die Sparkassenführung mit dem Prädikat „erwirtschaftet“ adelt. Dass die Banken ihre Branchenprobleme vornehmlich auf die Kleinen abwälzen, darauf haben die NachDenkSeiten bereits im letzten Jahr hingewiesen (unter anderem [hier](#) und [hier](#)).

8. Esst doch Kuchen statt Brot: Vom Zustand der deutschen Politik

Mit der Initiative der Bundeskanzlerin, die Vergabep Praxis der Essener Tafel für Notdürftige in Erwartung eines günstigen Moments für politische Zustimmung zu kritisieren, ist ein vermeintlich cleverer Schachzug nach hinten losgegangen. [...] Angela Merkel, die sich nicht gerade durch große Sprachgewandtheit und empathische Einfühlung auszeichnet, witterte einen günstigen Moment und sprang auf den Zug auf, der durch die Medien raste. Sie kritisierte die Vergabep Praxis der Essener Tafel und schielte auf Lob ihres Klientels. Bekommen hat sie dagegen eine strenge Rüge vom Bundesvorsitzenden der Tafeln in Deutschland Jochen Rühl. Es sei die Politik der vergangenen Jahre, es sei die Politik Merkels, durch die Tafeln notwendig geworden sind. Das lässt sich nicht von der Hand weisen. Merkel schweigt seitdem zum Thema.

Das war Merkels Marie-Antoinette-Moment. Es war nicht ihr erster, aber es war der bisher deutlichste. Im Aufeinandertreffen mit einem Azubi in der Krankenpflege oder im Kontakt mit einem von Abschiebung bedrohten Kind, immer dann, wenn Merkel mit der von ihr geschaffenen Realität konfrontiert wird, beschenkt sie die Republik mit einem dieser Momente.

Auch dieses Mal wird sie in die Schranken gewiesen. Sie wird öffentlich vorgeführt. Ihre absolute Ahnungslosigkeit hinsichtlich der weitreichenden Folgen der eigenen Politik und ihre desaströsen Auswirkungen auf die Bürger wird für einen Moment deutlich sichtbar. Merkel steht völlig nackt da – und jeder kann es sehen. Sie trägt die Verantwortung für Zustände, die sie kritisiert. Sie ist im Hinblick auf die drastischen Folgen ihrer eigenen Politik offenkundig völlig ahnungslos. Sie ist eine dekadente Politikerin.

Merkel ist als langjährige Regierungschefin zentral dafür verantwortlich, dass Armut und Verteilungskämpfe am unteren Ende der Gesellschaft in einem unglaublichen Ausmaß zugenommen haben, während am oberen Ende die Gewinne und Einkommen in obszönem Ausmaß wachsen. Wer die Kritik an der Entwicklung noch als Neiddebatte abtut, verkennt die gesellschaftliche Sprengkraft, die sich hier zeigt. Um die eigenen Macht zu festigen, verlangt das System Merkels den Bürgern immer größere Zugeständnisse und Entbehrungen ab, die sie dorthin verteilen kann, woher sich ihre Macht speist.

Quelle: [Gerd Ewen Unger auf RT deutsch](#)

9. **Ohne Plan und Perspektive: Mehr deutsche Soldaten für den Irak und Afghanistan**

Die neu-alte Bundesregierung folgt den Vorgaben aus Washington, wo man auf militärische Stärke setzt, aber keine Initiativen für politische Lösungen verfolgt. Die neue und alte Verteidigungsminister Ursula von der Leyen drängt darauf, dass die deutsche Bundeswehr bei immer mehr Auslandseinsätzen mitmischet und dass bestehende Einsätze ausgebaut werden. Gegenwärtig sind 3600 Bundeswehrsoldaten in Europa, Asien und Afrika sowie im Mittelmeer und am Horn von Afrika eingesetzt. Am 15. März soll der Bundestag schnell noch sein Ja zur Fortsetzung bzw. Aufstockung der Mandate in Afghanistan und im Irak geben, auch wenn der Zustand der Bundeswehr verheerend und ihr Material erschöpft ist, zudem gibt es weder in Afghanistan noch im Irak eine über das Militärische und die Stützung der existierenden Regierung hinausgehende politische Strategie. [...]

Es ist diese verfahrenere Situation, in die sich Deutschland mit einer Erhöhung der Bundeswehr-Präsenz hineinziehen lässt. Der Bundestag hat keine Möglichkeit, ausführlicher über Sinn und Zweck der Missionen in Afghanistan und im Irak zu diskutieren. Die Abgeordneten werden wieder einmal zum Stimmvieh gemacht. Es geht schon gut los mit der neuen GroKo, sollte es nicht größeren Einspruch oder die Weigerung geben, Hals über Kopf über gefährliche und planlose Auslandseinsätze der Bundeswehr abstimmen zu müssen. Damit erweist sich die neue-alte Bundesregierung als Lakai von Washington, d.h. von Trump, und von einer Politik, die letztlich ohne Perspektive, aber mit hohem militärischem Einsatz nationale Interessen vertritt.

Quelle: [Telepolis](#)

10. **Syrien-Krieg: Die selektive Darstellung der Medien und der Politik in Deutschland**

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr: Die Berichterstattung der Lage in Syrien ist von Einseitigkeit und Interessen geprägt. Das verhindert Aufklärung und vermittelt lediglich Teilansichten eines komplexen Konflikts. Ein Kommentar von Karin Leukefeld.

Bei einem Vortrag über Syrien berichtete ich einmal über die Arbeit der Versöhnungskomitees. Von Anfang an hatte die syrische Gesellschaft in eigener Initiative versucht, die Gewalteskalation im Land zu stoppen. Viele Persönlichkeiten, die sich für die Versöhnung zwischen Armee und bewaffneten Gruppen in Syrien eingesetzt hatten, bezahlten ihr Engagement mit dem Leben. Andere übernahmen die Arbeit der Getöteten. Es entstand ein Ministerium für die nationale Versöhnung und 2015 griff Russland die Initiative auf und unterstützte die Suche nach Frieden und Versöhnung mit einem „Russischen Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten

Seiten in Syrien“ - mit großem Erfolg.

Während ich bei der besagten Veranstaltung Beispiele der Versöhnungsarbeit in Syrien erläuterte, sprang ein Zuhörer auf und rief laut in den Saal: „Sie lügen! Sie haben sich das ausgedacht! Ich habe noch nie irgendwo in den Medien darüber gehört!“

Tatsächlich ist über die Versöhnungsarbeit in Syrien in deutschen Mainstreammedien kaum berichtet worden. Auch Angriffe der so genannten Rebellen auf die zivile Infrastruktur wie die Strom- und Wasserversorgung wurden kaum erwähnt. Es gab keine Schlagzeilen darüber, dass 2014/15 die „moderaten Rebellen“ im Osten von Aleppo die Wasserversorgung Dutzende Male stoppten.

Und als die Fijeh-Quelle bei Damaskus kurz vor Weihnachten 2016 von bewaffneten Gruppen besetzt wurde, um die syrische Regierung dazu zu erpressen, sich den Forderungen der Kampfgruppen in den östlichen Vororten von Damaskus (Ghuta) zu fügen, schoben deutsche Medien mindestens indirekt die Schuld dafür dem „Assad-Regime“ zu. Wollte man alles auflisten, was in den vergangenen sieben Jahren über den Krieg in Syrien nicht oder einseitig dargestellt wurde, wäre die Liste lang.

Quelle: [Karin Leukefeld auf RT deutsch](#)